

EVAL-INFO-SYSTEM (EIS):

POL1350 - TB126

PERSOAC - TBOA - Moser

Kleine Zeitung 17. November 2023

„Das System dient nicht den Menschen“

INTERVIEW. Türkis-Grün will Finanzausgleich für Reformen nutzen. Zu wenig für Josef Moser, Ex-Chef des Rechnungshofs.

Von Walter Hämmerle

Herr Moser, die Erzählung von der gut verwalteten Republik entpuppt sich als Märchen. Wie konnte es so weit kommen?

JOSEF MOSER: Die vergangenen 10 bis 15 Jahre haben gezeigt, dass die Grundlage für Österreichs Erfolg nach 1945 nicht länger gegeben ist. Heute ziehen nicht mehr alle an einem Strang und in die gleiche Richtung. Über die Jahrzehnte haben sich alle ein Stück des Kuchens abgeschnitten, jetzt geht es für jede Seite darum, ihr Stück zu verteidigen. Niemand denkt mehr daran, dass das vorhandene Geld nur treuhänderisch zu verwalten und bestmöglich für Bürge-

rinnen und Bürger einzusetzen ist. Die Pandemie hat dann offengelegt, dass nicht nur die Kompetenzverteilung verhindert, dass die Aufgaben effizient im Sinne der Bürger umgesetzt werden, sondern dass auch das Vertrauen in die Politik Schaden genommen hat.

Beim Finanzausgleich hat sich die Regierung mit Ländern und Gemeinden vorerst auf eine Finanzspritze geeinigt, Details zu konkreten Reformen sollen folgen. Ist das ein großer Wurf?

Das ist das Resultat einer weitgehenden Erstarrung des Systems. Doch statt das aufzubrechen, verstecken sich zu viele Akteure hinter den versteinerten Strukturen und schieben die

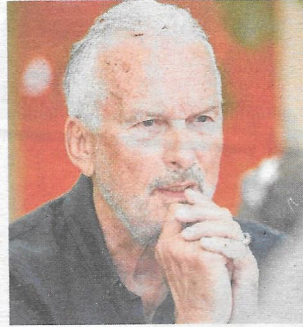
Verantwortung auf die Verhältnisse ab. Das zeigt sich besonders deutlich im Gesundheitsbereich, wo Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger, Ärztekammer und private Akteure in komplizierter Form eingebunden sind. Das wiederum hat zur Folge, dass der Patient ständig hin- und hergeschickt wird, mit dem Ziel, dass sich einer der Akteure etwas für sich selbst erspart. Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Pflege, im Sozialen und auch beim Katastrophenschutz.

Was müsste also geschehen?

Wir müssen die Effizienzen in den verschiedenen Systemen, die Verbindungsfähigkeit zwischen den Bereichen stärken. Es braucht endlich eine Finanzierungs- und Ergebnisverantwortung. Wir wissen schlicht nicht, ob die enormen Geldsummen richtig eingesetzt werden oder eben nicht, der Zuständigkeitsdschungel verhindert eine effiziente Kontrolle.

Wer ist dafür verantwortlich?

Um diese Frage schummeln wir uns ständig herum, vor allem, aber eben nicht nur, im Gesundheitsbereich. Wir brauchen eine klare Ergebnisverantwortung. Die Zuständigkeitszersplitterung verhindert, dass das Steu-



Zur Person

Josef Moser, geboren 1955 in Lienz, wuchs in Kärnten auf und studierte in Wien Rechtswissenschaft. Von 2004 bis 2016 war Präsident des Rechnungshofs, von Ende 2017 bis Juni 2019 Minister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz.

ergeld bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt, Verantwortung nicht zugewiesen werden kann, Transparenz fehlt und Sanktionen ins Leere laufen. Das gilt auch für die Umsetzung der verpflichtenden Klimaziele. Es fehlt eine klare Ergebnisverantwortung, es bleibt Bund, Ländern und Gemeinden überlassen, wie sie die Ziele erreichen.

Wer sitzt bei den Verhandlungen am längeren Hebel?

Faktisch sind das die Länder, und dies, obwohl eigentlich der Bund für den mit Abstand größten Teil der Einnahmen verantwortlich ist. Die Länder profitieren davon, dass der Bund ein ums andere Mal seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Jetzt stehen in zwölf Monaten die nächsten Nationalratswahlen an, es geht nur noch darum, wie viel mehr Geld draufgelegt wird. Die Leidtragenden werden die Städte und Gemeinden sein, die nicht ausreichend Mittel für die Erledigung ihrer Aufgaben erhalten.

Ist Politik, in Österreich jedenfalls, überhaupt ein lernendes System?

Nein, leider. Politik ist in Österreich ein System, in dem die Akteure heute machen, was ihnen heute nutzt. Niemand engagiert sich, wenn sich der Nutzen erst in der Zukunft ergibt, weil dann haben die heutigen Akteure ja nichts mehr davon. Es ist eine verquerere, für das Gemeinwesen schädliche Logik. Das zeigt sich auch bei der Einigung auf ein Informationsfreiheitsgesetz: Nicht einmal jetzt stimmen alle Körperschaften zu, dass sämtliche Informationen für die Bürger einsehbar sein sollten. Es braucht auch auf Gemeindeebene volle Transparenz.